

ABO

Gross-Israel, nicht die schlechteste Idee

Ein Reizwort geistert durch die Nahost-Debatten. Vielleicht ist es an der Zeit, sich darauf einzulassen.

Roger Köppel 15.04.2026

23 2 0

Anhören (20 min) - 1.0x +

Merken Drucken Teilen

Spätestens seit dem Gaza-Krieg haben die Israel-Kritiker Oberwasser. Empört und aufgerüttelt durch die schlimmen Bilder von Bombenkratern und – man verzeihe die Drastik – sich stapelnden Zivilistenleichen, sehen sich die Interpreten im Recht, die in der konservativen Regierung von Benjamin Netanjahu den verlängerten Arm des Bösen sehen. Es ist nicht leicht, gegen diese Stimmung anzuschreiben. Ich versuche es trotzdem. Egal, was man sagt, Kritik hagelt es von allen Seiten. Sei's drum. Hier sind die Argumente, die mich zögern lassen, ins Lager der Tucker Carlsons, der John Mearsheimers und wie sie alle heissen einzuziehen. Die von mir sonst geschätzten Deuter liegen in meinen Augen für einmal falsch, und zwar krass.





Eingang zum Tempelberg in Jerusalem (Symbolbild)

mauritus images / Alamy Stock Photos / Artepics

Meine trotzige Schwäche für Netanjahu

Tasten wir uns heran mit einer Art Bekenntnis: Seit vielen Jahren habe ich eine trotzige Schwäche für den israelischen Premier Benjamin Netanjahu. Es ist keine fundierte Meinung, eher ein Gefühl, eine Neigung. Sie rührt daher, dass mich die Kritik, die sich bei uns roboterhaft gegen diesen Politiker regt, ebenso reflexmässig misstrauisch werden lässt. Auch Netanjahu gehört – wie Blocher, Orbán, Trump, Weidel, Vucic, Le Pen und viele andere, die sonst nichts miteinander zu tun haben – zu den grossen Prügelknaben unserer Zeit. Auch zu den immer wieder Totgesagten. Mit Verlaub: Da meldet sich der Pflichtverteidiger in mir zu Wort. Kann ein Politiker alles falsch machen, der in seiner Heimat trotz allem immer wieder gewählt wird und es in einer heftig umstrittenen Demokratie wie Israel schafft, so lange an der Macht zu bleiben? Nein.

*Was wissen wir schon darüber, was es heisst,
in einer feindseligen Umgebung zu
überleben.*

Netanjahu ist ein Kämpfer, ein Überlebensvirtuose. Er entschuldigt sich nicht für sein Land und ist bereit, auch schicksalsschwere Entscheidungen zu treffen. Mir imponiert, wie sich Netanjahu für sein seit Jahrzehnten belagertes und immer wieder angegriffenes Israel wehrt. Er mag nicht alles richtig machen, wer macht das schon, aber als Schweizer empfinde ich Respekt für diesen Staatsmann, der in einer Kampfzone regiert, über die man sich hierzulande, im Land des Honigs und der Schokolade, keine Begriffe macht. Was wissen wir schon darüber, was es heisst, in einer feindseligen Umgebung seit Jahrzehnten zu bestehen, zu überleben, misstrauisch belauert, immer wieder bedrängt und militärisch attackiert von einer Übermacht andersgläubiger Stämme und Nationen, die seit biblischen Zeiten mit religiöser Inbrunst nach den heiligen Territorien greifen, die auch Israel als seinen von Gott gegebenen Heimatboden beansprucht?

Mehr Israel wagen

In der letzten Ausgabe setzte sich unser Nahost-Korrespondent Pierre Heumann kritisch mit dem Konzept von Gross-Israel auseinander («Der Traum von Gross-Israel», *Weltwoche* Nr. 15/26). Damit ist am häufigsten die Vorstellung des heutigen Israels plus Westjordanland (Judäa und Samaria) gemeint, rund 28.000 Quadratkilometer Fläche unter israelischer Souveränität, das ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina. Mein geschätzter Kollege kam zum Schluss, es sei zwar gerechtfertigt, darüber zu reden, aber untauglich, unumsetzbar. Ich sehe es anders. Je länger ich darüber nachdenke, desto plausibler und wünschbarer erscheint es mir. Gross-Israel würde bedeuten: mehr Israel, also mehr Demokratie, mehr Rechtsstaat, mehr Rechtssicherheit, mehr Freiheit und mehr Wohlstand im Nahen Osten. Mehr Israel wagen. Warum nicht? Damit macht man sich heute wenig Freunde, ich weiss. Ich bitte den Leser trotzdem, mich auf meinen gedanklichen Expeditionen zu begleiten.

Eine halbe Schweiz

Steigen wir in die Geschichte ein. Seit Jahrtausenden prallen im Nahen Osten uralte, bedeutende Zivilisationen aufeinander, die grossen Weltreligionen, natürlich auch die profanen Machtansprüche einstiger Imperien, die in den geschichtsträchtigen Wüstenzonen am Ostende des Mittelmeers um die Vorherrschaft streiten. Fast 1300 Jahre lang regierten hier die Araber, die Seldschuken, dann die Iraner und schliesslich die Türken über die Gebiete, die einst Judäa und Samaria hiessen, ehe sie die Römer, zur Demütigung der Juden, in Palästina umbenannten. Nach einem kurzen britisch-französischen Kolonialintermezzo herrschen seit achtzig Jahren nun erstmals wieder die Juden im durch Uno-Beschluss nach dem Zweiten Weltkrieg neugegründeten Staat Israel von der Grösse einer halben Schweiz, also rund 20.000 Quadratkilometer Land.

Das Problem ist, dass viele Araber und heute besonders die Iraner die Existenz des Staates Israel aus tiefstem Herzen ablehnen. Sie scheinen sich nicht damit abzufinden, dass ihnen die alten biblischen Gebiete in einem Gesamtumfang der beiden Kantone Bern und Graubünden entrissen wurden. Das ist der Grund, warum Israel seit der Staatsgründung am 14. Mai 1948 immer wieder angegriffen wurde von wechselnden arabisch-islamischen Allianzen. Bei all diesen Kriegen, von denen die Israeli keinen einzigen auslösten, aber alle gewannen, ging es stets darum, die in den Augen der Muslime illegitime Staatsgründung rückgängig zu machen, Israel von der Landkarte zu wischen. Die stolzen Nachfahren der Mohammedaner sind der Meinung, nicht die Juden, sondern sie müssten die Herrscher sein im Heiligen Land, dort, wo auch der Islam seine bedeutendsten Tempel baute.

Triumph der Muslime in Jerusalem

Dahinter stecken uralte biblische Konflikte. Das Volk Israel leitet sich gemäss dem Alten Testament ab von Stammvater Abraham und dessen legitimer Ehefrau Sara, die im hohen Alter gegen alle biologische Wahrscheinlichkeit doch noch einen Sohn bekam. Die Ismaeliten wiederum, Vorfahren der Muslime, entstammen der unehelichen Verbindung Abrahams mit dessen Magd Hagar. Seither rivalisieren die biblischen Halbgeschwister, und es ist kein Zufall, dass sie sich in ihrem Wirken auf engstem Raum den Boden unter den Füssen neiden. Ursprünglich beteten die Islam-Gläubigen, zur Zeit des Propheten Mohammed, nicht gegen Mekka, das als heidnische Stätte empfunden wurde, sondern in Richtung Jerusalem, wo die alten jüdischen Tempelruinen und die christlichen Kirchen standen. Erst als die Juden und die Christen dem Stifter des Islam zu verstehen gaben, dass sie ihn nicht als Vollender des Glaubens akzeptierten, wandte sich der Prophet betend dem Pilgerort Mekka zu.

Vor diesem Hintergrund hatte es eine unglaubliche Symbolkraft, als schon kurz nach Mohammeds Tod die ersten Kalifen Jerusalem eroberten. Ihren Felsendom errichteten sie mit voller Absicht auf den Trümmern der früheren jüdischen Tempel, in unmittelbarer Nähe auch der heiligsten christlichen Stätten. Damit sollte nicht nur der weltliche Herrschaftsanspruch, sondern zugleich ein Machtwechsel im Lichte der Unendlichkeit bekräftigt werden: Seht her, jetzt sind wir, die Mohammedaner, die wahren Verkünder des Glaubens, das von Gott ausersehene Volk, das anstelle der korrupten, schon von den Römern verstossenen Juden und der anmassenden Christen, die ihren Propheten Jesus gotteslästerlich zum Sohn des Allmächtigen erklärt hatten, die heilige Botschaft unter die Menschen bringt.

Aufstieg und Fall eines Weltreichs

Zu diesem Zweck eroberten die Muslime dann in rasanter Folge ein Weltreich, das vom heutigen Pakistan bis nach Portugal reichte und auch zahlreiche ursprünglich christliche Gebiete im Nahen Osten, etwa Syrien, oder in Nordafrika umfasste. Bis nach Spanien und sogar Frankreich drangen die Mohammedaner vor, im Mittelalter eine glanzvolle und überlegene Weltkultur, ehe sie die christlichen Armeen allmählich wieder zurückzuschlagen begannen. Erst ab dem 17. und 18. Jahrhundert verfiel unter den Osmanen schliesslich das islamische Imperium. Die Demütigung sass tief. Bis heute haben es die Nachkommen der ruhmreichen Eroberer wohl kaum verwunden, dass nicht mehr sie, sondern die «Ungläubigen» das Zepter der Macht wieder an sich gerissen haben.

Besonders schmerzvoll war die Wachablösung im Nahen Osten, Herzkammer der muslimischen Macht, immer untrennbar weltlich und religiös zugleich. Als man die verhassten Osmanen endlich los war, hofften die arabischen Stämme, die dem britischen Abenteurer T. E. Lawrence geholfen hatten, auf Belohnung. Doch die Briten liessen sie im Stich. Zusammen mit den Franzosen teilten sie Palästina auf. Ohnmächtig mussten die Araber zuschauen. Als dann im britischen Mandatsgebiet immer mehr in Europa

verroigte Juden zuwanderten, steigerte sich der Groll. Die grösste Demütigung war dann die israelische Staatsgründung 1948. Darauf reagierten die entmachteten Araber mit Krieg. Das ist der Kern, das ist die Wurzel aller heutigen Konflikte.

Deutsche Raketen für Schlesien?

Grossreiche entstehen, Grossreiche vergehen. Die Macht folgt den Gesetzen von Aufstieg und Verfall. Anscheinend beugen sich die Muslime diesen Gesetzmässigkeiten nicht. Den Verlust ihrer früheren Hoheitsgebiete in Palästina jedenfalls akzeptierten sie nie. Das ist, als ob die Deutschen heute das verlorene Schlesien oder Ostpreussen wehmütig für sich beanspruchten, notfalls mit Gewalt. Ähnlichen Phantomschmerz könnte man auch bei den Spaniern vermuten, in deren Reich die Sonne niemals unterging. Doch weder können die Schweizer das einst eidgenössische Mailand und die Lombardei für sich anmelden, noch billigt man den Russen den Übergriff auf Kiew zu, orthodoxe Ur-Hauptstadt des ersten Russenreichs. Bei den Muslimen allerdings zeigt man mehr Verständnis, obwohl sie selber, als sie noch im Begriff waren, die Welt dem Halbmond untertan zu machen, gegenüber den eroberten Völkern und Kulturen keine besonderen Skrupel und Rücksichtnahmen offenbarten.

Kein Gewinner hat jemals so viel erobertes Land freiwillig zurückgegeben wie Israel.

Nennen wir die Dinge beim Namen, auch wenn es weh tut. Israel gewann seit 1948 jeden einzelnen Krieg gegen seine arabisch-muslimischen Nachbarn: 1948 überfielen fünf arabische Armeen den jungen Staat am Tag nach seiner Unabhängigkeitserklärung. Der Grossangriff wurde abgewehrt. 1956 überrannte Israel im Suezkrieg den Sinai in wenigen Tagen. 1967 im Sechstagekrieg schlug Israel die Armeen Ägyptens, Jordaniens und Syrien gleichzeitig an mehreren Fronten und eroberte den Sinai, das bis dahin von Jordanien besetzte Westjordanland, den Gazastreifen und die Golanhöhen. 1973 warfen die Israeli nach anfänglichem Schock den Überraschungsangriff am Jom Kippur zurück, ehe sie die ägyptische Dritte Armee Einkesselten. Auch in allen nachfolgenden Konflikten blieb Israel siegreich, von den Libanonkriegen bis zu den Operationen gegen die Hamas.

Wer gewinnt, behält

Nach allen Erfahrungen der Weltgeschichte hätte sich das Land die eroberten Gebiete legitimerweise einverleiben dürfen. So hielten es die Römer, als sie mit ihren Feldzügen das Mittelmeerbecken und gewaltige Reichtümer an sich rissen. Auch das britische Empire war das Produkt einer auf militärische Expansion angelegten Land- und Seemacht. Keinen Quadratmillimeter Boden gaben die Preussen preis, als sie mit ihren Kriegen letztlich ein Deutsches Reich zusammenschmiedeten. Und die Sowjetunion, die sich angeblich auf die Befreiung der Völker berief, schloß das Baltikum, die

angehen auf die Bereicherung der Völker durch, schmückte das Diktum, die alten Besiedelungen Preussens inklusive Königsberg und verschob Polens Grenzen nach Westen. Das ist der Normalfall der Geschichte. Wer gewinnt, legt zu. Wer verliert, gibt ab.

Israel aber tat das Gegenteil, ein historischer Sonderfall. Es gab den Sinai an Ägypten zurück, eine Fläche dreimal so gross wie das eigene Staatsgebiet, im Gegenzug für einen Friedensvertrag. Es räumte den Gazastreifen, riss Siedlungen ab, evakuierte, zum Teil gegen deren Willen, die eigenen Bürger. Es zog sich aus Teilen des Westjordanlands zurück und übergab Städte wie Jericho, Hebron und Ramallah an die Palästinensische Autonomiebehörde. Die siegreichen Angegriffenen verzichteten von sich aus auf die von ihnen eroberten Territorien. Historisch betrachtet ist das eine echte Ausnahme. Vielleicht ein Unikum. Kein Gewinner hat jemals so viel erobertes Land freiwillig verzichtet wie Israel. Und kein anderes Land ist dafür schlechter belohnt worden.

Israels bestrafte Grosszügigkeit

Israels Grosszügigkeit war ein Fehlschlag. Die Bilanz fällt in jeder Hinsicht ernüchternd aus. Beginnen wir mit dem Gazastreifen. Ariel Scharon liess 2005 sämtliche israelischen Siedlungen räumen, achttausend Siedler wurden umquartiert, Synagogen abgerissen, Gewächshäuser zurückgelassen, damit sie der palästinensischen Wirtschaft dienen sollten. Das Ergebnis war niederschmetternd: Die radikale Hamas gewann 2006 die Wahlen, putschte 2007 gegen die gemässigte Fatah, verwandelte Gaza in eine Raketenbasis und die Gewächshäuser in Trümmer. Statt eines friedlichen Nachbarn entstand ein Vorposten des iranischen Terrors.

Die Rückgabe des Sinai brachte zwar den Frieden mit Ägypten, den einzigen dauerhaften Friedensschluss, den Israel mit einem Nachbarstaat bis dahin erreichte. Aber es war ein kalter Friede. Die ägyptische Bevölkerung lehnt Israel mit überwältigender Mehrheit ab, die diplomatischen Beziehungen existieren nur auf dem Papier, kultureller Austausch findet kaum statt. Der Sinai selbst wurde nach dem Abzug Israels zu einem Rückzugsraum für Dschihadisten, Schmuggler und Menschenhändler. Ägypten brauchte Jahre und eine Militäroffensive, um die Halbinsel einigermaßen unter Kontrolle zu bringen.

Die Oslo-Abkommen von 1993, jener grosse Versuch, durch gegenseitige Zugeständnisse eine dauerhafte Zweistaatenlösung zu schaffen, wurden von beiden Seiten mit Hoffnung unterzeichnet. Yitzhak Rabin und Jassir Arafat auf dem Rasen des Weissen Hauses, Bill Clintons ausgebreitete Arme – es war eines der stärksten Bilder der neunziger Jahre. Das Ergebnis: die zweite Intifada, der gewaltsame Aufstand der stets unzufriedenen, auf einen besseren «Deal» spekulierenden Palästinenser im Jahr 2000.

Selbstmordattentäter sprengten sich in Bussen und Cafés in die Luft, über tausend Israeli starben. Arafat, wie sich herausstellte, hatte parallel zu den Friedensverhandlungen die Bewaffnung seiner Milizen vorangetrieben.

Mehr Puffer, mehr Sicherheit

Wer Appeasement sagt, meint guten Willen. Die Geschichte lehrt: Guter Wille allein schafft keine Sicherheit. Und wer immer wieder dasselbe tut und andere Ergebnisse erwartet, hat ein Problem mit der Wirklichkeit. Deshalb ist es kein Wunder, wenn in Israel andere Vorstellungen an Boden gewinnen, wenn plötzlich ein altes Reizwort wiederkehrt, ein Echo aus biblischer Vorzeit gewissermassen, die Frage nach einem «grösseren Israel». Sind Forderungen in diese Richtung moralisch überhaupt vertretbar? Oder muss man nüchterner fragen: Wäre es sicherheitspolitisch vernünftig? Vieles spricht dafür.

In Israel gibt es eine unabhängige Justiz, die auch die eigene Regierung in die Schranken weist.

Betrachtet man die Geografie, so wird die Antwort deutlich. Israel ist ein Zwerg von einem Staat, nur dreieinhalbmal grösser als der Kanton Bern. Vom Jordan bis zum Mittelmeer sind es an der breitesten Stelle keine siebenzig Kilometer. An der schmalsten Stelle, bei Netanja, trennen neun Kilometer die Grenze des Westjordanlands vom Meer. Neun Kilometer. Ein Marathonläufer überwindet diese Distanz in einer halben Stunde. Eine Panzerkolonne braucht weniger. Im Zeitalter der Präzisionsraketen und der Drohnen, in dem der Iran und seine Stellvertreter über Arsenale verfügen, die noch vor zwanzig Jahren undenkbar gewesen wären, ist das eine Verwundbarkeit, die kein Generalstab der Welt für hinnehmbar halten würde.

Die Golanhöhen illustrieren den Punkt. Bevor Israel sie 1967 eroberte, beschoss Syrien von dort aus jahrelang die Kibbuzim im Hula-Tal, wie heute die Hisbollah aus dem Süden Libanons Raketen feuert. Seit der israelischen Kontrolle herrscht auf den Hügeln Ruhe. Niemand, der die Topografie kennt, würde ernsthaft vorschlagen, die Golanhöhen zurückzugeben, damit Syrien – oder wer auch immer in Damaskus gerade an der Macht ist – wieder eine Artilleriestellung mit freiem Blick auf Nordisrael erhält. Die Geografie diktiert die Sicherheitspolitik. Ein grösserer Puffer zu den Nachbarstaaten würde die Verteidigungsfähigkeit verbessern. Mehr Kilometer Boden heisst mehr Sicherheit.

Besser leben im jüdischen Staat

Dazu kommt ein Argument, das in der Debatte gerne übersehen wird, weil es nicht ins Schema der Unterdrückungserzählung passt: die Lebenswirklichkeit der Menschen. Die arabischen Israeli, die rund 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, leben unter dem Schutz eines Rechtsstaats, der ihnen Religionsfreiheit, Wahlrecht, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung und den Schutz einer unabhängigen Justiz garantiert. Arabische Israeli sitzen im Parlament. in der Knesset. Arabische

Richter urteilen am Obersten Gerichtshof. Arabische Ärzte arbeiten in israelischen Spitälern.

Man muss kein Apologet Israels sein, um festzustellen, dass diese Rechte in Syrien, wo Assad einst Hunderttausende eigene Bürger abschlachten liess, nicht existieren. Sie existieren nicht im Libanon, der seit Jahren ein gescheiterter Staat ist, in dem die Hisbollah mehr Macht hat als die Regierung. Sie existieren nicht im Gazastreifen, wo die Hamas politische Gegner von Hochhausdächern warf und die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde missbrauchte. Sie existieren nicht in Jordanien, wo der König zwar moderat regiert, aber eben als König, nicht als gewählter Präsident. Und schon gar nicht gibt es sie im Iran, wo seit der Revolution Chomeinis eine radikal antiwestliche, islamistische Regierung am Ruder ist.

Appeasement heisst guter Wille. Die Geschichte lehrt: Guter Wille allein schafft keine Sicherheit.

Die Christen im Nahen Osten sind ein besonders sprechendes Beispiel. Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch geschrumpft. Im Irak lebten vor 2003 über eine Million Christen, heute sind es weniger als 200.000. In Syrien hat der Bürgerkrieg die christliche Gemeinschaft dezimiert. Im Libanon, einst das einzige Land der Region mit christlicher Mehrheit, stellen sie heute eine Minderheit. Wo sind die Christen hingegen sicher? In Israel. Die christliche Bevölkerung Israels wächst. Das sollte zu denken geben.

Wer das Wohl der Zivilbevölkerung zum Massstab nimmt – und das sollte man in einer Debatte, die ständig die Menschenrechte im Munde führt –, muss zur Kenntnis nehmen: Unter dem Schirm Israels geht es den Menschen besser als unter dem der Nachbarstaaten. Ein grösseres Israel würde bedeuten, dass mehr Menschen in den Genuss von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und wirtschaftlicher Teilhabe kämen. Man kann das als naiv abtun. Aber ist die Alternative – gescheiterte Staaten, Theokratien, Bürgerkriege – besser? Kaum.

Die Sache mit dem Völkerrecht

Nun wird eingewendet, ein grösseres Israel verstosse gegen das Völkerrecht. Das Argument hat Gewicht, und es wäre unredlich, es beiseitezuschieben. Aber das Völkerrecht ist keine Physik. Es kennt keine Naturgesetze, es kennt Normen, die von Staaten geschaffen wurden und von Staaten gebrochen werden, täglich, überall auf der Welt. Russland hat die Krim annektiert und nahezu vier ukrainische Oblaste dazu. Die Türkei besetzt seit 1974 den Norden Zyperns und seit 2018 Teile Nordsyriens. Marokko kontrolliert die Westsahara. China baut künstliche Inseln im Südchinesischen Meer und erklärt sie zum Hoheitsgebiet. In keinem dieser Fälle hat die internationale Gemeinschaft mehr als Empörung produziert. Wo war das Völkerrecht, als die islamischen Eroberer mit dem Schwert auszogen? Wer das Völkerrecht

selektiv nur gegen Israel ins Feld führt, betreibt kein Recht, sondern Politik.

Israel ist die einzige funktionierende Demokratie im Nahen Osten. Das ist keine Phrase, das ist ein Befund, den jeder Politikwissenschaftler bestätigen wird. In Israel gibt es eine unabhängige Justiz, die auch die eigene Regierung in die Schranken weist. Es gibt eine freie Presse, die den Premierminister härter kritisiert, als es die meisten europäischen Medien mit ihren Regierungen tun. Es gibt eine lebendige Opposition, Minderheitenrechte, freie Wahlen, eine Zivilgesellschaft, die auf die Strasse geht, wenn sie mit der Regierung nicht einverstanden ist, und Hunderttausende, die gegen eine Justizreform demonstrieren, die ihnen nicht passt. Man zeige mir das in Ägypten, in Saudi-Arabien, im Iran.

Leuchtturm unter Staatsruinen

Man kann über die israelische Regierungspolitik streiten, über den Siedlungsbau, über das Vorgehen in Gaza, über Netanjahus Koalition mit den Ultrareligiösen. Israeli selbst tun das mit einer Leidenschaft und einer Schärfe, die in der arabischen Welt ihresgleichen sucht. Aber man sollte bei allem Streit nicht aus den Augen verlieren, was auf dem Spiel steht: ein einsamer Leuchtturm westlicher Werte in einer Region, die von Autokratien, Theokratien und gescheiterten Staaten umgeben ist. Dass dieser Leuchtturm grösser wird, wäre kein Schaden. Allemal besser, als wenn er verschwände.

Das ist die unbequeme Rechnung, die man aufmachen muss, wenn man die Lage nüchtern betrachtet, frei von Sentimentalität und frei von jener moralischen Selbstgewissheit, die in europäischen Hauptstädten so verbreitet ist. Die Appeasement-Politik der vergangenen Jahrzehnte hat nicht die erhofften Ergebnisse gebracht. Land gegen Frieden – das war die Formel, auf die sich Generationen von Diplomaten geeinigt hatten. Die Praxis hat gezeigt: Das Land wurde abgegeben, der Frieden kam nicht. Die Raketen flogen weiter. Die Tunnel wurden tiefer gegraben. Die Rhetorik der Vernichtung Israels wurde nicht leiser, sondern lauter.

Vielleicht ist es an der Zeit, die Formel zu überdenken. Nicht aus Expansionslust, nicht aus religiösem Eifer, nicht aus dem messianischen Fieber, das gewisse Kreise in der israelischen Rechten antreibt, sondern aus einem schlichten Pragmatismus heraus, der fragt: Was funktioniert? Und was funktioniert nicht?

Zweistaatenlösung? Jordanien!

Natürlich gibt es Einwände: Was passiert, wenn nochmals drei Millionen Palästinenser den israelischen Pass erhalten? Ist es dann vorbei mit dem jüdischen Staat? Wie wären die Palästinenser im Westjordanland zu integrieren? Ihnen die vollen Bürgerrechte zu verweigern, wie einige Hardliner vorschlagen, ist keine Option, wenn Israel eine liberale Demokratie bleiben und keine Theokratie, kein Apartheid-Staat werden will.

Das sind gute Fragen, aber keine unüberwindbaren Hindernisse. Im Baltikum erhalten ehemalige russische Sowjetbürger ihre Bürgerrechte, wenn sie Loyalitätserklärungen zur Kultur, Geschichte und Verfassung des jeweiligen Staates abgegeben haben. Man könnte den arabischen Bewohnern des Westjordanlands Gleiches abverlangen. Die Forderung, es brauche eine «Zweistaatenlösung», ist auch im Westen populär. Eigentlich ist sie schon verwirklicht. Es gibt Jordanien, einen Palästinenserstaat, in den die Bewohner des Westjordanlands, die sich in Israel nicht integrieren wollen, auswandern könnten.

Ist das unzumutbar? Die Geschichte kennt andere Bevölkerungstransfers, sogar völkerrechtlich besiegelte Zwangsumsiedelungen. Nach dem Griechisch-Türkischen Krieg von 1919 bis 1922 und dem Vertrag von Lausanne am 24. Juli 1923 mussten etwa 1,2 bis 1,5 Millionen orthodoxe Christen die Türkei verlassen. Im Gegenzug wurden rund 500.000 Muslime aus Griechenland in die neugegründete Türkische Republik umgesiedelt. Das sind schmerzhafteste Prozesse, aber manchmal ist es besser, wenn sich die Konfliktparteien trennen, als dass sie endlos Krieg gegeneinander führen.

Gross-Israel mag in europäischen Redaktionsstuben ein Reizwort sein. In den Hauptstädten der arabischen Welt, deren Herrscher sich in den Abraham-Abkommen stillschweigend mit Israel arrangiert haben, ist die Idee möglicherweise weniger tabu, als man denkt. Für die Sicherheit Israels und die Stabilität einer Region, die seit einem Dreivierteljahrhundert nicht zur Ruhe kommt, ist es, nüchtern betrachtet, nicht die schlechteste Idee.

Mehr Artikel von [Roger Köppel](#)

👍 2 🗨️ 0

🔖 Merken 🖨️ Drucken ➦ Teilen

📄 Kommentare zur Story (23)

↓ Ähnliche Artikel

Themen in diesem Artikel

Meinung | Völkerrecht | Israel | Netanjahu | Nahost | ZweiStaatenLösung

WELTWOCHEN NEWSLETTER

Täglich kostenlos.